

## Politik & Wirtschaft

# Im Ländle gibt es Ärger um den IWF-Beitritt

**Fürstentum vor Umbruch** Rechtspopulisten werden immer beliebter. Jetzt wollen sie Liechtensteins sicher geglaubten Beitritt zum Internationalen Währungsfonds verhindern. Mit unklaren Folgen für den Finanzplatz.

Uwe Ritzer, Vaduz

Bevor er Anfang 2025 das Amt als Regierungschef von Liechtenstein aufgeben wird, will Daniel Risch unbedingt noch sein «Book of Europe» vollenden. Persönlich bat der 46-Jährige jeden europäischen Staats- und Regierungschef, seine Vision von Europa aufzuschreiben, auf maximal zwei Seiten. Gut zwei Dutzend Beiträge hat Risch beisammen, zehn weitere sind fest versprochen, bei den anderen will er persönlich nachhaken.

Warum das Ganze? «Man sollte die vielen Stimmen Europas hören», sagt Risch. Der Kontinent sei schliesslich mehr als die EU und deren Kommission. Und was Liechtenstein selbst angeht: «Man kann sich, noch dazu als kleines Land, nicht einkapseln. Gerade Liechtenstein als bedeutender globaler Finanzplatz und als international eingebundener Industriestandort kann das nicht.»

Die Botschaft hinter dem Buch ist also zweigeteilt. Aussenpolitisch will das Fürstentum als Teil Europas politisch stärker wahrgenommen werden. Innenpolitisch kämpft der Regierungschef um eine stärkere Öffnung. Wohl wissend, dass der politische Zeitgeist dem entgegenläuft.

### «Wie die Rettungsweste»

Rechtspopulisten und Separatisten erleben grossen Zulauf in dem 40'000 Bürgerinnen und Bürger zählenden Staat. Das offenbart sich derzeit am Widerstand gegen den sicher geglaubten Beitritt des Fürstentums zum Internationalen Währungsfonds (IWF). Am 22. September wird darüber entschieden.

Der Streit kommt überraschend, schliesslich arbeitet das Fürstentum seit Jahren darauf hin, 191. IWF-Mitglied zu werden. Bei der Finanzkrise 2008 habe man sich zum ersten Mal gefragt, was wohl geschehe, wenn Liechtenstein in Schwierigkeiten gerate, sagt Risch im Vaduzer Regierungsgebäude. «Der IWF wäre für uns wie die Rettungsweste, die man zusätzlich ins Boot legt.»

Liechtenstein verfüge zwar über «stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse, aber wir müssen Vorsorge betreiben»,



15. August 2023: Zuschauerinnen und Zuschauer feiern am Liechtensteiner Staatsfeiertag ihr Fürstentum in Vaduz. Fotos: Gian Ehrenzeller (Keystone)



Daniel Risch, Liechtensteiner Regierungschef.

sagt Risch. Ein IWF-Beitritt brächte seinem Land klare Vorteile. Sie würden im Krisenfall nicht nur sehr schnell finanzielle Liquidität bekommen, sondern bei Bedarf auch konkrete Hilfe von Experten.

Also trieb die Regierung den IWF-Beitritt voran. 2022 stimmte auch der Landtag mit grosser Mehrheit zu. Und die Wirtschaftsverbände sowie die Banken sind ebenfalls dafür. Der IWF signalisierte seinerseits Aufnahmebe-

reitschaft. Im Frühjahr beantragte die Regierung die Aufnahme, im Herbst sollte sie erfolgen.

Doch dann grätschte eine nach eigenen Angaben nur 17-köpfige Bürgerinitiative dazwischen. Sie sammelte binnen weniger Wochen mehr als 2700 Unterschriften und erzwang damit ein Referendum.

### Im Februar wird gewählt

Die Gegner des IWF-Beitritts werden von den Demokraten pro Liechtenstein unterstützt. Einer rechtspopulistischen Partei, deren Chancen laut einer Umfrage gut stehen, bei den am 9. Februar 2025 anstehenden Parlamentswahlen auf knapp ein Viertel der Stimmen zu kommen. Den grossen konservativen Parteien Vaterländische Union und Fortschrittliche Bürgerpartei, die seit Jahrzehnten das Land gemeinsam regieren, drohen grosse Ver-

luste. Viele im Land halten sie für abgehoben. Nicht nur Regierungschef Risch, sondern mindestens drei der vier Minister hören zudem auf. Liechtenstein steht vor einem politischen Umbruch. Und noch ist unklar, welche Auswirkungen das auf den Finanzplatz hat.

Woher aber kommt dieser Aufwind für Rechtspopulisten und Separatisten in einem Land, in dem die öffentliche Infrastruktur bestens ausgestattet ist, das Sozialsystem auf hohem Niveau funktioniert und Armut und Migration zumindest im Strassenbild keine Rolle spielen? Seit Corona hat sich die Stimmung verschlechtert. «Viele Menschen hier nehmen nicht mehr wahr, wie gut es ihnen geht und wie gut hier alles funktioniert», sagt einer, der sich lange schon in dem Land engagiert, aber namentlich nicht zitiert werden will.

«Da ist viel Weltschmerz im Spiel», glaubt Regierungschef Risch eine andere Erklärung zu kennen. Viele Menschen fühlten sich abgehängt und sorgten sich, weil die Welt komplizierter geworden sei. «Dann erhalten die mit den scheinbar einfachen Lösungen Aufwind.» Die demokratischen Parteien müssten besser und mehr kommunizieren und wieder näher an die Leute ran.

Gegen Stimmungen zu argumentieren, ist allerdings schwierig. Das zeigt sich auch bei der IWF-Debatte. Die Einwände der Gegner bewegen sich im Allgemeinen: unnötig, brauchen wir nicht, bleiben wir lieber unter uns. Der Beitritt sei «zu wenig kritisch diskutiert worden», sagt Gebhard Frick von der Bürgerinitiative. Ein kurioser Satz angesichts jahrelanger Debatten. Und angesichts des Umstands, dass sich die Bürgerinitiative

weigert, an einem von der einzigen Liechtensteiner Zeitung geplanten Streitgespräch vor der Abstimmung teilzunehmen.

In der Sache verweisen die IWF-Gegner vor allem aufs Geld. 30 Millionen Franken müsste Liechtenstein beim IWF hinterlegen, allerdings «als verzinste Währungsreserve, auf die das Land im Krisenfall sofort Zugriff hat», so die Regierung. Die jährlichen Kosten beliefen sich auf 500'000 Franken für eine kleine IWF-Stabsstelle in Vaduz. Das seien gerade mal «0,5 Promille unseres Staatshaushalts, das bringt uns nicht um», rechnet Regierungschef Risch vor. Hinzu kommt: Liechtenstein hat etwa das Dreifache seines jährlichen Staatshaushalts als Rücklage.

Die Abstimmung vom September ist bereits die vierte in diesem Jahr in Liechtenstein. Mindestens eine wird noch folgen, nämlich über die Privatisierung des Landesradios. Das ist ein Rekord. Fast immer werden die Referenden von rechtspopulistischen Kräften angestossen. Die Abstimmung über den IWF-Beitritt ist die letzte grosse politische Schlacht von Risch als Regierungschef. Dann höre er in der Exekutive auf. «Nicht aus Frust oder Unlust, sondern weil ein Wechsel nach zwei Wahlperioden sinnvoll ist», sagt er.

### Was meint das Fürstenhaus?

In Sachen IWF-Beitritt setzen viele Befürworter auf den Monarchen. Heute feiert Liechtenstein seinen Staatsfeiertag. Auf der Wiese unterhalb des Schlosses werden Tausende Menschen erwartet; der Landtagspräsident wird sprechen und Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, de facto das Staatsoberhaupt.

Vieles spricht dafür, dass er dem Volk ins Gewissen reden wird. Er sei ein «klarer Befürworter» des Beitritts, sagte der Erbprinz in einem Interview mit der Zeitung «Vaterland». Er habe «bis jetzt kein wirklich stichhaltiges Argument wahrgenommen, welches gegen einen Beitritt spricht». In der Vergangenheit folgten die Liechtensteiner stets ihrem Fürstenhaus. Die Frage ist nur, wie lange noch.